

wirkte sich bekanntlich besonders gravierend auf die Restbestände der deutschen Bevölkerung in Ostmittel- und Südosteuropa sowie auf die aus ihren ehemaligen Siedlungsgebieten deportierten Rußlanddeutschen aus, aber auch auf das Elsaß, in Belgien und – am schwächsten – in Dänemark. Südtirol ist, wie man weiß, in mancherlei Hinsicht ein Sonderfall geblieben. Durch alle Beiträge zieht sich daher, mehr oder minder stark artikuliert, die „Bewältigung“ dieser historischen Belastungen wie ein roter Faden, und zwar in zweifacher Hinsicht: im Bewußtsein der westdeutschen Öffentlichkeit und der auswärtigen Kulturpolitik der Bundesrepublik Deutschland einerseits, in den betreffenden Staaten selbst im Hinblick auf die Behandlung der deutschen Sprache andererseits.

Der Titel des von Heinrich Kuhn verfaßten Beitrages über die Tschechoslowakei „Das Ende der deutschen Sprache – von der Muttersprache im Schulunterricht zur Fremdsprache“ (S. 113–128) könnte genau so über dem Bericht von Hans-Jürgen Karp zur Situation in Polen stehen (S. 97–112). In beiden Fällen war durch die Vertreibung der Deutschen aus den Ostgebieten und dem Sudetenland der muttersprachliche Deutschunterricht zum Erliegen gekommen; für die verbleibenden Deutschen wurde ein solcher Unterricht nicht erlaubt. In der Sowjetunion, über die Peter Hilkes (S. 153–172) informiert, wurde der „Unterricht in der Muttersprache der Kinder und erwachsenen Bevölkerung deutscher Nationalität“ zwar schon 1957 wieder zugelassen, aber die Praxis sah ganz anders aus. Bei den Rumänen- und Ungarndeutschen, über die Walter König (S. 129–152) und Elisabeth Komlósi-Knif (S. 183–194) berichten, waren die Überlebens- und Entwicklungschancen dank verbliebener kompakter Siedlungen und einer insgesamt nationalitätenfreundlicheren Bildungspolitik günstiger, aber der Assimilationsdruck blieb. Die aus Rumänien, der Sowjetunion und Polen seit Mitte der achtziger Jahre dramatisch ansteigenden Aussiedlerzahlen verändern die Situation und damit die Überlebenschancen der deutschen Sprache als Muttersprache nachhaltig. In gewissem Gegensatz dazu steht die deutliche Zunahme des Interesses an der deutschen Sprache in der Gesellschaft, auch unter der Jugend, auf Grund der politischen Wandlungen in diesen Ländern.

Ein Vorzug dieses Konferenzbandes ist die faktenreiche, auch statistisch untermauerte Darstellung der sprachlichen und pädagogischen Situation auf dem Hintergrund der allgemeinen politischen Entwicklung, nüchtern, illusionslos, auf jeden Fall ohne Ressentiments. Eine Bestandsaufnahme ähnlicher Art zu Beginn der neunziger Jahre könnte zeigen, ob unter veränderten Rahmenbedingungen die Stellung der deutschen Sprache und die Funktion des Deutschunterrichts sich nachhaltig verändert, d.h. verbessert haben.

Bochum

Oskar Anweiler

Westpreußen-Jahrbuch. Hrsg. von Hans-Jürgen Schuch i. A. der Landsmannschaft Westpreußen. **Bände 39 und 40.** Westpreußen-Verlag Münster 1988, 1989, je 160 S., zahlr. Abb. i. T.

Band 39 eröffnet eine Rede des Senators Ervin Hasbach vom 11. März 1939 im polnischen Senat, in der er an die polnischen Politiker um Verständnis für die Belange der deutschen Minderheit appellierte. Hugo Rasmus behandelt die Lage der deutschen Volksgruppe in Polen kurz vor und nach Beginn des Zweiten Weltkrieges, wobei er ausführlich auf die Ereignisse des „Bromberger Blutsonntags“ am 3. September 1939 eingeht. Heinz Lingenberg beschäftigt sich mit der Geschichte der Radaune, die einer der drei das Danziger Stadtgebiet berührenden Flüsse ist. Die um 1200 erstmals erwähnte Radaune erlangte nach ihrer Kanalisierung zur Zeit des Deutschen Ordens eine wichtige Funktion in der Danziger Trinkwasserversorgung. Gemeinsam mit dem

Mühlgraben trug sie zur wirtschaftlichen Entwicklung der Altstadt Danzig bei. Im folgenden stellt Heinz Lingenberg die Preußenkarten des Franz Josef von Reilly vor. In den 1789 erschienenen Weltatlas Reillys ist das Königreich Preußen mit seinen östlich und westlich der Weichsel liegenden Teilen und dem Netzedistrikt aufgenommen worden, während frühere Atlanten nur Gesamtkarten Preußens enthalten. Als Vorlage benutzte Reilly die 1780 in Nürnberg erschienene, von Franz Ludwig Gusesfeld gezeichnete Karte Westpreußens und des Netzedistrikts „*Borussiae Occidentalis Tabula*“. In diesem Zusammenhang betrachtet L. auch Postlinien auf Preußenkarten des 18. Jhs. Mit dem Nachrichtendienst zur Ordenszeit und seiner Weiterentwicklung bis ins 18. Jh. befaßt sich Kurt Kumpies. Mittelpunkt des ersten Nachrichtennetzes war die Marienburg und später das Ordensschloß Königsberg. Unter Herzog Albrecht von Preußen entwickelte sich aus der Botenpost die Ämterpost, und der Große Kurfürst richtete einen Kariol-Postenkurs ein, der die Postbeförderung erheblich beschleunigte. Das Monarchentreffen in Marienwerder 1709 beleuchtet Helmut Motzkus. Dabei handelt es sich um die Zusammenkunft des preußischen Königs Friedrich I. und des russischen Zaren Peter (des Großen), die allerdings – sieht man einmal von der Erneuerung der im Juli 1709 geschlossenen antischwedischen Defensivallianz unter Einbeziehung des Zaren ab – keine greifbaren Erfolge für die preußische Diplomatie erbrachte. Selbst zur Übergabe der Stadt Elbing an Preußen war Peter der Große nicht bereit. Im folgenden zeichnet Anke Borsdorff ein Porträt des aus Elbing stammenden Rechtshistorikers Karl August Rogge. Heinz Krause skizziert die Geschichte des Geistlichen Ministeriums in Thorn, das 1605 durch Ratsbeschluß konstituiert wurde und die Zeit des Thorner Blutgerichts (1724) überdauerte. Gerhard Lippky stellt den in Danzig geborenen und in Berlin als Maler und Schriftsteller wirkenden Ludwig Pietsch vor, Veit Veltzke wirft ein Streiflicht auf „des Preußenkönigs Schwarze Husaren“, womit das 1741 von Friedrich dem Großen gestiftete 5. Husarenregiment gemeint ist, und Hans W. Hoppe schildert Elbings Kriegsfürsorge im Ersten Weltkrieg.

Am Anfang von **Band 40** betrachtet Udo Arnold in Vorschau auf das Jubiläumsjahr 1990 die 800jährige Geschichte des Deutschen Ordens im Überblick. Im Anhang befindet sich ein Abdruck der Goldbulle von Rimini mit deutscher Übersetzung. Die Bedeutung der Lage Elbings an der Bernsteinstraße hebt Dorothee Haedicke hervor. Am Beispiel des 1759 erschienenen „*Idioticon Prussicum*“ beleuchtet Ulrich Tolksdorf die Geschichte der Mundartwörterbücher in Ost- und Westpreußen. In diesem Zusammenhang werden das bis heute grundlegende Wörterbuch Frischbiers und das im Ersten Weltkrieg von Ziesemer begonnene und von Riemann fortgeführte große Preußische Wörterbuch behandelt. Einen Abriß der Tätigkeit und Aufgaben des Vereins für Familienforschung in Ost- und Westpreußen zwischen 1925 und 1990 vermittelt Reinhold Heling. Werner Hahlweg äußert sich zur Bedeutung Westpreußens vom Ende des Nordischen Krieges 1721 bis zum Frühjahr 1945 im Rahmen der Militärgeschichte, wobei er diese Region mit Recht als Brennpunkt politisch-strategischer Konzeptionen und Kombinationen der angrenzenden Mächte bezeichnet. Hugo Rasmus wendet sich der Persönlichkeit Hans Kohnerts zu, der in der Zwischenkriegszeit eine Organisation zur Selbstbehauptung des Deutschtums in Pommerellen, im Kulmerland und Posenschen aufgebaut hat. Ein unbekanntes Danzig-Panorama aus dem Jahre 1922 stellt Kurt Asche vor. Es stammt von dem Oldenburger Maler Bernhard Winter und ist in seiner Detailliertheit ein wichtiges Zeitdokument. Aufschlußreich ist, daß sein Vergleich mit Stadtansichten des 18. und 19. Jhs. nur wenige einschneidende Veränderungen des Stadtbildes ergibt, sieht man einmal von den Neubauten der Gründerzeit und der Jahrhundertwende ab. Die Gassennamen der Danziger Niederstadt betrachtet Hans Georg Siegler, wobei er auch auf die Stadterweiterung im 17. Jahrhundert eingeht. Persön-

liche Erinnerungen von Westpreußen an ihre alte Heimat – Wulff Rösler schildet eine Pfingstfahrt nach Marienwerder 1933, Heinz Voellner gibt Eindrücke von der Kaschubei wieder, und Erika Peters berichtet vom Peters-Hof in Alt-Rosengart – schließen den Band ab.

Berlin

Stefan Hartmann

Zur Bildungs- und Schulgeschichte Preußens. Hrsg. von Udo Arnold. (Beiträge zur Schulgeschichte, Bd. 1; Tagungsberichte der Historischen Kommission für Ost- und Westpreußische Landesforschung, Bd. 8.) Verlag Nordostdeutsches Kulturwerk. Lüneburg 1988, 132 S.

Der vorliegende Sammelband enthält Beiträge zur preußischen Bildungs- und Schulgeschichte, die in Form von Referaten auf der Jahrestagung der Historischen Kommission für Ost- und Westpreußische Landesforschung in Münster 1987 der interessierten Öffentlichkeit vorgestellt worden sind. Den gesamtstaatlichen Rahmen der Fragestellung bildet der Beitrag von Karl-Ernst Jeismann: „Preußische Bildungspolitik vom ausgehenden 18. bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts“. Auf der Grundlage gedruckter Literatur stellt der Vf. die wichtigsten Akzente der preußischen Bildungspolitik jenes Zeitraumes vor, wobei er hervorhebt, daß im 18. Jh. „nicht der Staat, sondern die ständischen Untergewalten den Zustand der Unterrichtsanstalten“ in Preußen bestimmt haben. Diese These ist jedoch nur teilweise richtig, weil bereits unter König Friedrich Wilhelm I. der Einfluß des Adels auf das ländliche Schulwesen durch Einsetzung von Schulkommissionen, eine auf der Schulpflicht beruhende Gesetzgebung und die Errichtung zahlreicher königlicher Schulen – allein in Ostpreußen waren es über 1100 – eingeschränkt worden war, was begreiflicherweise den Protest der Stände hervorrief. Richtig ist dagegen die Feststellung, daß sich der Anspruch des Staates auf Schulhoheit zunehmend gegen Ende des 18. Jhs. bemerkbar machte. Das zeigt sich an der Gründung eines Oberschulkollegiums und an der Zuordnung der Unterrichtsangelegenheiten zum Innen- und schließlich zum 1817 neugeschaffenen Ministerium der geistlichen, Unterrichts- und Medizinalangelegenheiten. Eingehend befaßt sich J. mit dem Einfluß der Reformen, vor allem Humboldts, auf die preußische Bildungspolitik, die im Zusammenhang mit dem großen Reformwerk nach dem Tilsiter Frieden gesehen werden muß und im Plan einer „Nationalerziehung“ gipfelte. Die nach dem Wiener Kongreß und insbesondere nach den Karlsbader Beschlüssen einsetzende und bis 1848 bestehende Restauration in Preußen führte zu manchen Veränderungen im Bildungswesen, indem an die Stelle der allgemeinen Menschenbildung die „Wissenschaftlichkeit“ der Bildung trat, wovon die Universitäten und Gymnasien erfaßt wurden. Im Volksschulwesen wirkten demgegenüber die Reformimpulse ungebrochen weiter, wofür der Ausbau des Lehrerbildungswesens, u. a. durch die Vermehrung der Seminare und Präparandenanstalten, ein Beispiel ist.

Heinz Lingenberg behandelt im folgenden „Danzig als Schulstadt bis zum Ende des 19. Jahrhunderts“. Er führt hier aus, daß Danzig schon vor 1800 über ein breitgegliedertes Schulwesen verfügte, das durch bedeutende Lehrer wie Lengnich, Hanow und Gralath neue Impulse erhielt. Nach 1815 erlebte Danzig einen weiteren Aufschwung als „Schulstadt“, woran der Direktor des dortigen Gymnasiums August Meineke, der Leiter der Petrischule, Höpfner, – sie wurde als fünfklassige Höhere Bürgerschule neu eröffnet – und der zum Direktor der Johannisschule bestellte Gotthilf Löschin, er wurde als Autor einer zweibändigen Geschichte Danzigs bekannt, großen Anteil hatten.

Mit dem Elementarschulwesen in Westpreußen und im Posener Land von 1772 bis 1806 befaßt sich Gregor Harzheim. Er weist darauf hin, daß das Schulwesen bis ins